

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 72206**

Inseratenpreise: Die 10 Gehalt. Kolonellseite 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10 Gehalt. Kolonellseite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gehalt. Kolonellseite mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 M. Inzerate v. ausw.: die 10 Gehalt. Kolonellseite 40 Pfg. bei Platzvorkauf, 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Einbruch in die Arbeiterfront

Die Manöver der britischen Bourgeoisie

Ramsay MacDonald hat die Thronrede, mit der am Dienstag die 4. Session des englischen Unterhauses eröffnet wurde, die armseligste Erklärung genannt, die jemals dem Parlament von einer Regierung vorgelesen worden ist. Er hat besonders betont, daß wichtiger als das, was in ihr steht, das sei, was ausgelassen worden ist. Er hat recht. Die Thronrede spricht von den „andauernden Bemühungen der britischen Regierung, im Zusammenwirken mit dem Völkerbund die Regelung internationaler Differenzen herbeizuführen, der Sache des Friedens zu dienen“, sie spricht von der Lage in China und noch manchem anderem, aber sie sagt kein Wort über den Vorstoß der Regierung gegen die Raifisierung des Washingtoner Abkommens, kein Wort über die noch immer starke Arbeitslosigkeit und kein Wort über die schon lange versprochene Fabrikgesetzgebung. Es ist kein Zufall, daß die Regierung über die Millionen des englischen Volkes interessierenden Fragen schweigt. Denn diese Fragen interessieren nicht nur, sondern an ihrer Beantwortung scheiden sich die Klassen. Da aber in England die Rücksicht auf die kommenden Neuwahlen schon jetzt sehr stark geübt wird, sieht die Regierung keinen Anlaß, Probleme erneut in den Vordergrund zu stellen, bei denen ihr sozialreaktionärer Kurs weitesten Schichten der Wähler erneut offenbar werden müßte.

Diese vorsichtige Taktik der Regierung und der englischen Bourgeoisie beherrscht gegenwärtig die gesamten Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Die Baldwin-Regierung hat trotz der großen Mehrheit, über die sie in beiden Parlamenten verfügt, nichts getan, was die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande irgendwie herabgemindert hätte. Die Arbeitslosenziffer hält sich noch immer an der ersten Millionengrenze und weder in der Textilindustrie noch in der Kohlenindustrie ist die Krise behoben, trotz der Lohnherabsetzungen und der Arbeitszeitverlängerungen, die den Arbeitern aufgebzwungen worden sind. Diese Untätigkeit oder besser Unfähigkeit hat die Wahlausichten für die konservative Partei, die die Baldwin-Regierung stellt, nicht günstiger gestaltet. Es liegt daher durchaus in ihrem Interesse, wenn jetzt Versuche unternommen werden, die Regierung zu entlasten. Nicht anders als ein Entlastungsversuch müßten aber jene Verhandlungen bezeichnet werden, die zur Zeit zwischen einer Reihe führender Industrieller, hinter denen keine Organisationen stehen, und den Vertretern des Gewerkschaftskongresses geführt werden. Über die Punkte, um die es dabei geht, ist hier schon berichtet worden. Es ist nun außerordentlich bemerkenswert, daß wesentliche dieser Punkte, die der Industrielle Alfred Mond in der Plattform für die gemeinsamen Verhandlungen zusammengestellt hat, jetzt wieder zu finden sind in dem Wirtschaftsprogramm, mit dem die Liberale Partei in den Wahlkampf zu ziehen und mit dem sie aus ihrer bisherigen politischen Ohnmächtigkeit herauskommen gedenkt. Hier wie dort wird die Frage der industriellen Organisation in den Vordergrund gestellt und der Monopolbildung das Wort geredet. Wie Sir Mond eine gewisse Angleichung der Arbeiter an die Angestellten in ihrem rechtlichen Verhältnis herbeizuführen vorgibt, so wird auch in dem liberalen Wirtschaftsprogramm eine festere Verbindung der Arbeiter mit ihren Betrieben um die Festlegung eines Minimallohnes für jede Industriebranche vorgeschlagen. Mond ist der Propagandist der Beteiligung der Arbeiter an der Industrie durch Aktien und Gewinnverteilung; das liberale Wirtschaftsprogramm empfiehlt das gleiche. Ja, Mond, dem die Liberale Partei nicht reaktionär genug war und der darum zu den Konservativen hinüberwechselte, nimmt selbst die Errichtung von Arbeiterräten mit in Kauf. Auch in diesen Punkte ergänzt ihn das Wirtschaftsprogramm der Liberalen, indem es gleichfalls die Bildung von Arbeiterräten vorschlägt. Daß sie nicht mehr wie eine dekorative Rolle spielen sollen, ergibt sich daraus, daß ausdrücklich gesagt wird, daß die Tätigkeit der Arbeiterräte nur die einer beratenden Körperschaft sein soll und ihr Einfluß sich in keiner Weise kontrollierbar bemerkbar machen dürfe. Jährlich einmal sollen sie von der Leitung der Industrie volle Information erhalten können. Daß eine solche Institution für die Arbeiterschaft vollständig wertlos ist und höchstens dazu dienen kann, ihre Bewegungsfreiheit im Kampfe für ihre eigenen Klassenforderungen einzuzengen, ist ohne weiteres klar. Das Wirtschaftsprogramm, und auch darin begegnet es sich mit den Wünschen der Industriellen, verlangt dann noch eine Revision der — wir kennen das Gemüher in Deutschland! — drückenden Steuern.

Ergibt sich so zwischen dem Wirtschaftsprogramm und den Bestrebungen der führenden Gruppe der englischen Bourgeoisie eine weitgehende Einmütigkeit, so zeigt sich andererseits ein offener Gegensatz zu den Forderungen, die die englischen Arbeiter in dem kommenden Wahlkampf zu erheben haben und die in dem noch nicht formulierten Programm der Ar-

Die Antwort der französischen Sozialisten

Für die sofortige Räumung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt

Beschlüsse des Parteivorstandes

Der Fall Marane

SPD. Paris, 9. Februar. (Radio.)

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs befaßte sich am Mittwoch u. a. auch mit den Vorschlägen Paul-Boncours über die Bedingungen der Rheinlandräumung und den Einspruch der deutschen Sozialdemokratie gegen die von Boncour gewählte Auslegung der Luxemburger Resolution. Nach dieser Auslegung sollte die Luxemburger Konferenz im Prinzip einer ständigen Rheinlandkontrolle zugestimmt haben.

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs beschloß, den Protest der deutschen Sozialdemokraten mit einem Hinweis auf das offizielle Wahlprogramm der französischen Partei zu beantworten. In diesem Programm wird die sofortige Räumung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt gefordert. Die Sozialistische Partei Frankreichs wird in ihrer Antwort gleichzeitig die Einberufung einer besonderen internationalen Konferenz vorschlagen, um die Haltung der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Belgiens zu dem Rheinlandproblem nochmals zu besprechen.

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs befaßte sich dann noch mit dem sogenannten Fall Marane. Es handelt sich hier um den Fund einer Krummtappe, in der verschiedene Dokumente über die Tätigkeit linker Sozialisten für die kommunistische Partei Frankreichs enthalten waren. Die in Verdacht stehenden Sozialisten haben damals sofort um die Einleitung einer Untersuchung gebeten. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die gegen sie gerichteten Beschuldigungen zu Unrecht erhoben worden sind. Ein Parteimitglied, das weder die Untersuchung gegen sich selbst beantragt hatte, noch sich darin einbezogen ließ, wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Auf dem Weihnachtsparteitag der französischen Sozialisten hatte Paul-Boncours des längeren auseinandergesetzt, daß die Räumung des Rheinlandes nach den Beschlüssen der sozialistischen Luxemburger Konferenz von der Schaffung einer internationalen Kontrolle abhängig zu machen sei. Der Genosse Ernst Reinhard hat zu dieser Art von sozialistischer Diplomatie in diesen Spalten alles gesagt, was nötig war. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hatte gegen die von Paul-Boncours unternommene Auslegung der Luxemburger Resolution protestiert (siehe D. V. vom 30. Dezember). Die oben mitgeteilten Beschlüsse des französischen Parteivorstandes stellen die Antwort auf diesen Protest dar. Es ist erfreulich, daß der französische Parteitag die Auffassung Paul-Boncours darüber verurteilt, indem er auf das offizielle Wahlprogramm der Partei verweist, das die sofortige Räumung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt enthält. Inwiefern hat sich die Hoffnung des deutschen Parteivorstandes, daß zwischen ihm und der Parteileitung der fran-

zösischen Sozialdemokratie völlige Übereinstimmung in der sozialistischen Auffassung von der Rheinlandräumung herrsche, bestätigt.

Wenn man jedoch über diese formale Seite von Schreibetrieb und Antwort hinausgeht, werden für den größeren Standpunkt des internationalen Sozialismus die Beschlüsse schwerlich als befriedigend erscheinen können. Der französische Parteivorstand schlägt die Einberufung einer besonderen Konferenz, an der deutsche und französische Sozialisten zu beteiligen seien, vor, „um die Haltung der sozialistischen Parteien zum Rheinlandproblem nochmals zu besprechen“. Wir wissen nicht, was diese Konferenz in jenen Fragen an Neuem beschließen könnte. Es kommt nicht darauf an, daß auf einer offiziellen Tagung nochmals die Angelegenheit „besprochen“ wird — gewiß, auch das kann vielleicht nicht von Schaden sein —, es kommt in der Hauptsache darauf an, daß die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien verpflichtet sind, im Sinne der internationalen Beschlüsse aufzutreten. Es ist eine Legende, wenn behauptet wird, daß Paul-Boncours ein „Eingänger“ der französischen Partei sei, für dessen Auslassungen die Partei selbst keine Verantwortung habe. Richtig ist, daß die Anschauungen Paul-Boncours in den Fragen der Völkerbundspolitik und des Militarismus in dieser Form von einem anderen französischen Genossen bisher nicht vertreten wurden, aber ebenso ist es richtig, daß alle bisherigen französischen Parteitage das offizielle Mandat Paul-Boncours für seine diplomatische Arbeit als Völkerbundsdelegierter und für sein militärisches Handwerk als Vorsitzender des französischen Obersten Kriegsrates bestätigten.

Damit ist das Auftreten Paul-Boncours von der Partei autorisiert worden, und Paul-Boncours bedankte sich hierfür, indem er erklärte, falls er „einmal“ in einen Widerspruch zwischen Sozialismus und „Nation“ geraten werde, er sich ohne Bedenken für die „Nation“ entscheiden würde. In den Beschlüssen des französischen Parteivorstandes ist nichts enthalten, was Paul-Boncours nunmehr endlich die Verpflichtung auferlegte, sich an die offiziellen Parteibeschlüsse zu halten. Wenn man schon nicht zu einem andern, von uns für dienlicher gehaltenen Mittel gegen das Wirken Paul-Boncours greift, ist diese unerlässlich notwendige Verpflichtung die Voraussetzung dafür, daß Beschlüsse internationaler sozialistischer Konferenzen nicht von Paul-Boncours in jenen gegenwärtigen Sinn umgewandelt werden, an dem die französische und die deutsche Bourgeoisie ihre Freude haben. Der Kampf gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande, das ist die Voraussetzung für die internationale Aktionsfähigkeit des Proletariats. Eine Wahrung an Paul-Boncours, den man, wie mitgeteilt wird, von den Beschlüssen des französischen Parteivorstandes nur „in Kenntnis gesetzt“ hat, dünkt uns im Augenblick nötiger als eine neue Konferenz. Wir haben vor einigen Tagen unsere erste Pflicht erfüllt, indem wir die notwendige Kritik an dem Auftreten des Genossen Breitscheid leisteten. Nur diejenigen sind berechtigt, diesen Wunsch an die französische Partei auszudrücken, die ihre Pflicht im eigenen Lande wahrnehmen.

beiterpartei ihren Ausdruck finden müssen. Eine durchgreifende Sozialpolitik, eine wesentliche Verschärfung der Besteuern und der Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit durch Produktions-erhöhung und Konsumerweiterung sind die Hauptpunkte, die die Arbeiterpartei in dem Wahlkampf herausstellen wird. Es ist unschwer vorauszusetzen, daß dieses soziale Wahlprogramm bei den Millionen Arbeiterwählern Anlauf finden und die Arbeiterpartei wesentlich gestärkt in das neue Unterhaus zurückkehren lassen wird.

Mag die konservative Partei und die gesamte Bourgeoisie nun fürchten oder nicht fürchten, daß ihre überwältigende Mehrheit bei den Neuwahlen zusammenschmilzt oder ganz verloren geht, auf jeden Fall hat sie kein Interesse an einem verstärkten Aufleben des sozialen Kampfes und an einer Stärkung der politischen Arbeiterbewegung. Sie hat dieses Interesse vor allem deswegen nicht, weil die Verschiebungen im Weltmarkt, die fortschreitende Durchkapitalisierung kolonialer und halbkolonialer Staaten sie zu aktiver imperialistischer Betätigung zwingt, wenn sie sich von ihren gewohnten hohen Profitten nichts entgehen lassen will. Für einen aktiven Imperialismus aber ist es beruhigender, wenn die Arbeiterklasse im eigenen Lande nicht im scharfen Kampfe zur Bourgeoisie steht. Daher die angelegentlichsten Bemühungen um den „industriellen Frieden“, die sich gleichzeitig als ein geschickter Trick entpuppen, die Front der Arbeiter in dem bevorstehenden Wahlkampf zu verwirren. Indem die Gewerkschaftsvertreter in den gegenwärtigen Verhandlungen weitgehend auf die Forderungen des liberalen Wirtschaftsprogramms seßzuliegen ver-

sucht werden, werden sie zugleich von dem Wahlprogramm der Arbeiterpartei weggeführt.

Es muß zugegeben werden, die britische Bourgeoisie versteht ihre Sache. Nun muß sich zeigen, ob die englischen Arbeiterführer ebenso gut verstehen, die Sache des Proletariats so zu führen und so zu vertreten, daß zuletzt doch die Interessen der gesamten Arbeiterklasse triumphieren. Da sei die Feststellung nicht unterdrückt, daß in der englischen Arbeiterbewegung und in ihrer Führerschaft noch Traditionen stark lebendig sind, aus denen heraus der Klassenkampf und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution abgelehnt wird.

Der Kampf um das neue Panzerschiff

SPD. Im Hauptauschuß des Reichstages wird am Donnerstag der Reichswehretat zur Beratung gelangen. Im Verlauf der Debatte dürfte neben der Phobus-Affäre auch der zum Bau eines neuen Panzerschiffes angeforderte Millionenbetrag eine Rolle spielen. Die Sozialdemokratie wird diese Mittel aus finanziellen Gründen ablehnen. In einer Zeit, wo für soziale Maßnahmen angeblich kein Geld vorhanden ist, überflüssige Panzerkreuzer zu bauen, die nach ihrer Vollendung als militärische Waffe nicht einmal die geringste Bedeutung haben, ist geradezu unverantwortlich. Es wird trotzdem schwer halten, den Bürgerblock von der Bewilligung der Mittel abzuhalten. Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß am Mittwoch, die im Reichswehretat angeforderten Mittel für das neue Panzerschiff abzulehnen.